

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe
editorieller Betrachtung.

Britisch-Südafrika.

Von der politischen Gestaltung der Dinge in Britisch-Südafrika hat man lange wenig gehört, auch nicht viel Interesse daran genommen, weil mit dem Untergang der Burenstaaten die Kolonien eben nur eine englische Provinz geworden waren, wie die anderen auch. Nachdem die Führer das Ende der nationalen Selbständigkeit des Burenvolkes besiegelt hatten, ist dieses nur noch eine Erinnerung aus vergangener Zeit. Gelegentlich mag sie wieder aufgefischt, in diesem Sinne auch eine neuere Mitteilung aus Johannesburg aufgefischt werden. Es heißt darin:

„Etwas geht vor, man weiß nur nicht was,“ möchte man mit jenem deutschen Parlamentarier sagen. Die Luft ist voller Gerüchte, Behauptungen und Abiegungen folgen einander auf dem Fuße, und doch kann niemand sagen, was bloßes Gerücht, was Tatsache ist. Aber wenn in dem allem, was jetzt behauptet wird, auch nur der Kern Wahrheit ist, so muß man mit einer neuen Orientierung der inneren Politik Südafrikas rechnen. Denn was die Gerüchte behaupten, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß zwischen General Botha und Dr. Jameson Verhandlungen zur Bildung einer Koalition schweben, die das erste Unionsministerium bilden soll. Dabei sollen die Progressiven aus dem Transvaal und der Kapkolonie drei Sitze überlassen werden, von denen Dr. Jameson den einen einnehmen würde, während die übrigen fünf Posten für die gegenwärtigen Regierungspartei, also den „Het-Volk“-Männern vorbehalten bleiben. General Botha soll das Präsidium übernehmen, und mit ihm sollen General Smuts und Hull, dieser als Finanzminister, in das Kabinett eintreten. Der Umstand, daß die zu Neujahr erwartete politische Rundgebung Bothas verschoben worden ist, wird als ein Anzeichen dafür gedeutet, daß die Verhandlungen in vollem Gange sind. Selbst ein Koalitionskabinett würde nun aber zugleich eine neue Parteibildung bedeuten. Botha und Smuts würden dann aus der Partei Het Volk auscheiden und sich an die Spitze einer neuen Partei stellen, die zugleich die gemäßigten progressivsten Elemente in sich aufnehmen würde. Es ist jüngst berichtet worden, daß zwei angegebene Mitglieder der progressivsten Partei im Transvaal, Sir William van Hulle und Henry Limbom, ihren Austritt aus dieser Partei erklärt und politische Grundzüge aufgestellt haben, die sich unzweifelhaft den Anschauungen der Het-Volk-Leute annähern. Also fehlt es, wie man sieht, auf progressivster Seite nicht an Elementen, auf die die neue Partei allenfalls rechnen könnte. Der Führer der Transvaal-Progressiven Sir George Farrar hat die Möglichkeit einer solchen neuen Parteibildung offen ausgegeben. Es ist noch gar nicht abzusehen, welche Wirkung der Pat Botha-Jameson, wenn er zustande kommt, ausüben würde. General Botha ist ein sehr geschickter Politiker, aber Dr. Jameson ist in weiten Kreisen der Kapkolonie so wenig beliebt, daß das Koalitionskabinett sich auf lebhafte Gegnerschaft gefaßt machen müßte. Aber der Uebergang Südafrikas zum Bundesstaate wird vielleicht überhaupt noch manche Ueberraschungen bringen, und der unbefangene Beurtheiler muß anerkennen, daß auf dem Boden der neuen Staatsreform manche der alten Parteigegensätze und Parteiverfeindlichkeiten keinen rechten Sinn mehr haben.

Unversöhnliche Gegensätze.

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen, die der Vollendung des böhmischen Landtages und damit indirekt auch der Arbeitsfähigkeit des österreichischen Reichsraths galden, sind einstweilen und wohl für lange Zeit gescheitert. Eine Einigung zwischen den Vertretern der beiden Völker, von der so viel nicht nur für die Wohlfahrt Böhmens, sondern des ganzen Reiches abhängt, ist nicht zustande gekommen, und um schlimmere Folgen zu verhüten, die bei einem Wiedereintreten der deutschen Obstruktion sich ergeben könnten, hat man den Landtag kurzer Hand vertagt, ohne daß er auch nur einen Versuch zu wirklicher Arbeit unternommen hätte. Der eigentliche und unerlöschbare Streitpunkt zwischen den beiden Volkstämmen Böhmens sind die von den Deutschen aufgestellten nationalen Forderungen, vor allem das A und O dieser Forderungen, die Abheilung des Landes in zwei große Verwaltungsgebiete, von denen das eine größere die Bezirke mit tschechischer, das kleinere diejenigen mit deutscher Bevölkerung umfassen müßte, während eine dritte Gruppe die zweisprachigen Gebiete, d. h. diejenigen Gebiete umfassen würde, in denen der Prozenz der Winderbeitanation über ein gewisses Mindestmaß, etwa 20 Prozent hinausginge würde. Diese Forderung wird von den heutigen Tschechen kategorisch abgelehnt, wenigstens heute, nachdem sie in früheren Paktationen zwischen Vertretern beider Völker zugestanden war-

den ist, um dann freilich auf das Drängen des jungtschechischen Radikalismus fallen gelassen zu werden. Heute hat sich der Kampf in der Form eines Streites um die Tagesordnung abgespielt, indem die Tschechen eine Garantie der Deutschen für eine Durchberatung der wirtschaftlichen Vorlagen verlangten, während die Deutschen ihrerseits eine solche Zusicherung nur geben wollten, wenn gleichzeitig von tschechischer Seite eine Zusicherung in Bezug auf eine entgegenkommende Behandlung ihrer nationalen politischen Forderungen gegeben würde. Da diese abgelehnt wurde, sind die Verhandlungen gescheitert. Die Tschechen suchen nun alle Schuld auf die Deutschen zu schieben und es ist wohl möglich, daß der tschechische Fanatismus, von dem Radikalismus geführt, aufs neue emporflammt. Auf den ersten Blick sieht es wirklich aus, als sei die Veräußerung von Steuerfragen mit nationalpolitischen Forderungen, wie sie dem Verhalten der Deutschen zurunde liegt, ein Fehler. Dagegen ist aber in Betracht zu nehmen, daß die Sperrung des böhmischen Landtages unter der allerdings die deutsche Bevölkerung ebenso ernstlich leidet, wie die tschechische, für die Deutschen die letzte Handhabe ist, um sich bei der tschechischen Mehrheit Gehör für ihre nationalen Beschwerden zu erzwängen. Es wäre auch vielleicht diesmal zu einer Versöhnung gekommen — der gute Wille schien anfänglich auf beiden Seiten vorhanden zu sein — wenn nicht auf tschechischer Seite der Radikalismus gewisser in bestimmten städtischen Bevölkerungsschichten wurzelnder Hege die tschechischen Abgeordneten zu einer intransigenten Haltung gedrängt hätte. Wiederum ging es den Deutschen ähnlich; sie wurden durch die hinter ihnen stehenden deutschen Wählermassen an einem Zurückweichen gehindert. So ist der Stand der Dinge wieder ebenso trostlos als vorher. Der Schlüssel zu der verschlossenen Pforte liegt in Böhmen, aber man findet ihn nicht, weil noch immer die Unversöhnlichkeit zwiefel Einfluß auf die erste Politik haben. Um diese gefährlichen Elemente auszuscheiden, dazu bedarf es, allem Anschein nach, noch schlimmerer Noth, als diejenige sind, von denen das Reich nun schon seit Jahrzehnten heimgejagt wird.

Rußlands Sorgen.

Je näher das Jahr 1912 heranrückt, wo die japanischen Kämpfungen und zugleich die Reorganisation der chinesischen Armee beendet sein werden, desto unbehaglicher wird die Stimmung der russischen Regierung betreffs ihrer Politik im Osten, wo sie ihre aggressiven Pläne weiter verfolgen möchte und sich der Aufgabe doch weder militärisch noch finanziell gewachsen fühlt. Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage, deren zufriedenstellende Lösung je bald von der Erbauung der Amurbahn, bald von dem Verkauf der manchsüdrischen Bahnen an ausländische Kapitalisten und der von Sekretär Knox in Anregung gebrachten Neutralisierung derselben, wovon sie früher nichts hören wollte, erwartet, bringt eine, freilich pessimistisch gehaltene russische Korrespondenz, die das Kräfteverhältnis im östlichen Asien und die Grundzüge der russischen Politik beleuchtet.

Wie närrisch es auch ist, heißt es darin, sensationellen Nachrichten über die Lage ernste Bedeutung beizumessen, so ist diese doch nicht so ganz harmlos. Es gibt keinen Rauch ohne Feuer, und die Alarmnachrichten sind durch eine ganze Reihe von Umständen hervorgerufen: durch das ununterbrochene Vordringen Japans, durch die Verstärkung Chinas, die zu einem steten Rückzug Russlands führt, die jetzt formell oder nicht formell in Verhandlungen über den Bau einer zweiten Linie der Sibirischen Eisenbahn und der Verkauf der russisch-chinesischen Bahn steht. Weniger als irgendwo ist im fernem Osten Ruhe zu spüren, und die Entwicklung der Dinge geht ununterbrochen in einer für das kontinentalrussische Russland ungünstigen Richtung.

Das Kräfteverhältnis in Ostasien ist nach dieser Darstellung folgendes: Nach dem Friedensschluß mit Japan hat die russische Regierung, aus Furcht vor der Revolution im Innern, ihre Arme zurückgezogen und den Osten von Truppen entblößt. Nach dem Siege der Kontrevolution begann die Furcht vor etwaigen Komplikationen im fernem Osten. Es entstand das Projekt der Amurbahn und des zweiten Geleises der Sibirischen Bahn, für die die dritte Duma dienstföhrig Hunderte von Millionen bewilligte. Hand in Hand mit diesen zur Fruchtlosigkeit verurtheilten Projekten, die früherer Rolle in Ostasien zu spielen, geht ein händiges Zurückweichen des ökonomischen Einflusses Russlands als natürliche Folge seiner ökonomischen Rückständigkeit. Zu derselben Zeit nimmt der Handel und die Industrie in Japan einen mächtigen Aufschwung. Japan reorganisiert und vermehrte die Arme und die Flotte, gliedert Korea an das Reich an, baut strategische Eisenbahnen, um die Mandchurie mit seinen Truppen überschneiden zu können, eignet sich die Steinbohlenwerke in der Mandchurie an und schließt (im September, 3.) einen Vertrag

mit China, kraft dessen das letztere thatsächlich — ob auch formell, ist unklar — ein Defensivbündnis gegen Russland mit ihm einget.

Auch in China mehren sich die Anzeichen, die das Ende der russischen Herrschaft in Ostasien bedeuten. Eine zentralisierte Regierungsmaschine wird geschaffen, und die Reorganisation der Arme, die 1912 500,000 Mann stark sein wird, wird mit aller Energie betrieben. Das Selbstbewußtsein Chinas wächst, und die Vorrechte, die sich Russland auf Grund früherer Verträge erworben, werden allmählich vernichtet. Russland kann dieser Entwicklung keinen wesentlichen Widerstand entgegensetzen und muß die Erniedrigungen in Ostasien ebenso einsehen, wie die Erniedrigungen in Persien und am Baltan. Die offiziöse „Noroje Wremja“ totifiziert bald mit China, bald mit Japan, und der Finanzminister Kofonow zieht selbst den Plan in Erwägung, die Sibirische Bahn an China zu verkaufen — ein Plan, der die Preisgabe der russischen Politik in Ostasien bedeutet — und begibt sich sogar nach Chardin, um mit dem japanischen Staatsmann Ito darüber zu verhandeln. Und der Minister Reswolski deutet in einer seiner letzten Reden unzweideutig an, daß die russische Regierung, bei einer gewissen Nachgiebigkeit vonseiten Japans, der formellen Annexion Koreas keine Hindernisse in den Weg legen würde.

Ohne staatliche Beschränkung.

Die Abhandlung des Senators Kool über die Einkommensteuer beleuchtet die Frage in so gemeinverständlicher Weise, daß es sich angesichts der Debatte, die in den Staatsgesetzgebungen darüber zu erwarten sind, der Mühe lohnt, ihren Inhalt zu weiterverbreiteter Kenntnis zu bringen. Zweck des Amendements ist, die Bundesregierung von der in der Verfassung vorgeschriebenen Verpflichtung zu entbinden, die Steuer nach Maßgabe der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Staaten zu verteilen. Diese Verpflichtung muß, wie Richter Bradley in den Legal Tender Fällen erklärte, ihrem historischen Ursprunge nach betrachtet werden. Die Verfassung von 1787 gab der nationalen Regierung die Befugnis unbegrenzter Besteuerung, außer daß Ausfuhrsteuern verboten waren. Vorgeschrieben war jedoch, daß Einfuhrzölle, Steuern und Abgaben, gleichmäßig sein sollten, direkte Steuern aber von den Staaten nach Maßgabe des Zensus erhoben werden sollten. Die betreffenden Paragraphen lauten: Volkswertsteuern und direkte Steuern sollen auf die verschiedenen Staaten der Union ihrer Bevölkerungszahl gemäß verteilt werden; und keine Kopf- oder andere direkte Steuer soll anders als in Uebereinstimmung mit der Bevölkerungszahl auferlegt werden.

Während eines Zeitraums von mehr als hundert Jahren nach Annahme der Verfassung wurden verschiedene vom Kongreß erlassene Steuererlasse vor Gericht beanstandet, weil sie der Verteilungslaufel nicht entsprächen. Durchweg hielten die Gerichtshöfe diese Steuererlasse unrichtig, so zum Beispiel in dem seinerzeit besonders lebhaft erörterten Fall der Quadessteuer auf Kutchen (als Luxusfahrzeuge betrachtet), und solche Gesetze waren es auch, die dazu beitrugen, die Kosten für Führung des Bürgerkrieges aufzubringen. Im Jahre 1895 jedoch erfolgte eine Entscheidung des Obergerichts über die im Willfontarif vorgesehene Einkommensteuer mit anderem Ausgang. In den Gerichtsannalen ist sie als der Fall Pollock gegen die Farmers Loan and Trust Company bezeichnet. Derselbe wurde zweimal verhandelt. Das erste Mal entschied das Gericht, daß eine vom Einkommen erhobene Steuer als eine direkte verteilt werden müsse. Lieber die Frage, ob Steuer auf persönliches Eigentum nach Maßgabe des Zensus erhoben werden müsse, waren die Richter gleichgetheilter Meinung. Bei der zweiten Verhandlung entschied eine Mehrheit des Kollegiums, fünf zu vier, daß eine Steuer auf persönliches Eigentum eine direkte seit mithin verteilungsgemäß auferlegt werden müsse.

Von seiten der Minderheit der Richter wurde gegen die Mehrheitsentscheidung geltend gemacht, daß dadurch die Hände der Regierung betraut gebunden seien, daß wenn nicht eine andere Entscheidung erfolge oder ein Amendement eine Änderung schaffe, die zur alten Theorie der Verfassung zurückföhrte, so sehr die Regierung es auch nötig haben möge, auf persönliches Eigentum, Bonds, Aktien und Kapitalanlagen aller Art, oder auf Einkommen von Grundbesitz oder den Erträgen persönlichen Eigentums eine Steuer legen könne, außer nach der äußerst ungleichen und ungerechten Vorrichtung der Verteilung nach Maßgabe der Bevölkerungszahl der Staaten. Somit würden die Völkern auf die Schultern vieler gelegt, während wenige durch die Vorrichtung der Verantwortung für den Unterhalt der Regierung die zum Schutze aller dienen soll, überborden sind. Die proportionale Steuer einzutreten, ist fast unmöglich. Der allgemeine Eindruck, den die Entscheidung im Lande machte, war, daß dem Kongreß eine Befugnis von außerordentlicher Bedeutung für die Regierung damit aus den Händen genommen worden war. Wie sehr diese ihm

fehlte, wurde in der Folge klar als die Einnahmen an Zöllen und Steuern zurückgingen und die Regierung sich nicht mit anderen Steuern zu helfen vermochte, und die Panik von 1907 eintrat. Mit dem Amendement soll dem Bundesobergericht Gelegenheit gegeben werden, die Entscheidung, im Pollockfalle zu revidieren und zu der Auffassung zurückzuführen, die bis zu derselben für mehr als hundert Jahre im Lande als maßgebend gegolten hat.

Die Einhaltsbefehle.

Samuel Compers ist mit der vom Kongreßmitglied Moon eingereichten Vorlage über Einhaltsbefehle nicht zufrieden, sieht darin nur einen Ausbruch feindlicher Gesinnung, deren fortgesetzte Bethätigung dazu führen werden, die Federation of Labor mit ihren aufbauenden Tendenzen in eine revolutionäre Organisation umzuwandeln. Wie Generalanwalt Wiederham diese ihm gegenüber gethane Äußerung aufgenommen hat, wird nicht mitgeteilt. Er wird sich wohl sagen, daß etwas Wahrheit darin liegt, aber daß gerade die vorliegende Bill arbeitserfindliche Gesinnung kund gäbe, läßt sich denn doch wohl nicht behaupten. Sie bedürfte zwar noch einer Verbesserung, die sich leicht hinzufügen ließe, aber im ganzen ist sie doch beachtlich, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Die republikanische Plattform von 1908 hatte zwar verkündet von diesen Vorzügen zu nehmen, weshalb sich Compers an die Demokratie wandte, aber in seinem Kampfereden und besonders in der ersten Jahresbotschaft hat der inzwischen Präsident gewordene Herr Taft die Regierung des Einhaltsbefehlsverweises zu einem hervorragenden Punkte des Kongreßprogramms gemacht, wozu ihm wohl besonders veranlaßt, daß man ihm die Urheberchaft der Anordnung von Einhaltsbefehlen in weitem Maße zuschrieb, so daß ihm daran gelegen sein mußte, seine Ansichten darüber vor der Arbeiterchaft des Landes in das richtige Licht zu stellen.

Die vom Revisionsauschuß, dessen Vorführer der Abgeordnete Moon ist, ausgearbeitete Bill umfaßt im wesentlichen die Punkte, die der Präsident in seiner Botschaft geltend gemacht hatte. Sie lautet in der Hauptsache wie folgt: Kein Einhaltsbefehl, zeitweiliger oder dauernder, soll von einem Bundesgericht erlassen werden, ohne daß die Partei, gegen die er gerichtet ist, davon benachrichtigt ist und Gelegenheit erhalten hat, gehört zu werden. Wenn sich aber der Richter oder das Gericht überzeugt hat, durch die vorgebrachten Beweise oder durch die Umstände, daß dem Kläger großer und sofortiger Schaden zugefügt werden möchte, oder daß die Kenntnisaufgabe von dem Antrag, oder die damit verbundene Zögerung es ermöglichte, die That auszuführen, die durch den Erlass des Einhaltsbefehls verhindert werden soll, so darf der Richter oder das Gericht den Einhaltsbefehl ohne vorherige Benachrichtigung der anderen Partei erlassen. Der Entwurf nimmt der bisherigen Gepflogenheit der Gerichte die Einseitigkeit, indem er die beiden Parteien gegenüberstellt, so daß jede ihren Standpunkt gehörig begründen kann.

Diese Behauptung wird nun freilich in jedem derartigen Gesicht aufgestellt und es ist viel Unfug damit getrieben worden, aber dieses Gesetz fordert den Nachweis, der vor dem Richter zu leisten ist und der jedenfalls kräftig genug sein muß, damit dem Verlangen willfahrt werde. Nun ist so freilich nicht ausgeschlossen, daß ein gefälliger Richter große Gefahr sieht, wo solche wirklich nicht vorhanden ist, aber das dürfen denn doch nur Ausnahmefälle sein; nicht oft wird ein Richter das Ansehen seines Amtes, und seiner Person, durch Parteilichkeit schädigen. Außerdem schreibt die Vorlage aber vor, daß der Aufschub, bis über den permanenten Einhaltsbefehl verhandelt wird, nicht länger als sieben Tage dauern soll. Diese Frist ließe sich indessen noch kürzen, um die Parteien, die ein Einhaltsbefehl mit sich bringen mag, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Im ganzen scheint die Vorlage den Forderungen der Billigkeit zu entsprechen.

Worüber mancher nachdenkt: „Wie mache ich mich in unauffälliger Weise auffallend?“

Aus der Kinderstube: Der kleine Heinrich: „Du, Papa, der Paul nimmt immer die Naturgeschichte und schimpft mich darons!“

Retard Preis für Schweinefleisch: daher der Name Fleisch - Vorkott.

Es hat schon manchen, der hilflos am Boden lag, ein Schlag, den er erhielt, wieder auf die Beine gebracht.

Ein junges Mädchen hat in New York einen jungen Burken, der ihr die Handtasche entziehen wollte, mit den Armen umfaßt und so lange an sich gedrückt, bis ein Vollzugs ihr ihr abnehmen konnte. Das heißt man „das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden“ . . .

Wer möchte es nicht? Es passieren überall Dinge, die „sich nirgends“ passieren!

Gewisse Kubelhörungen müssen vollführt werden — damit endlich Ruhe werde.

James H. Kalar, M. D. Sara Elaine Kalar, M. D.

Das Kalar Hospital

Doctoren Kalar & Kalar, Herzge und Chirurgen.

Ein allgemeines medizinisches und chirurgisches Hospital, ein modern und vorzüglich eingerichtetes Institut für die Behandlung von Krankheiten und für chirurgische Operationen. Offen für alle Vezzte und Wundärzte. Eine Schule für Krankenwärterinnen in Verbindung mit dem Hospital.

Amisitäten im Postoffice Theatergebäude. Wohnung im Hospital.

Phone: Office, 64. Wohnung, 2 64.

Bloomfield, Nebraska.

Saunders-Westrand Co.

früher Westrand & Sons Elevator

Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und ersucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.

Wick. Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,

Deutscher Land Agent.

Ich kaufe und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd Dakota und der Panhandle-Gegend, Texas. Lassst mich eure Farmen zum Verkauf übernehmen.

Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.

Sprecht vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünscht.

Martin C. Peters.

Bloomfield, Knox County, Nebraska.

T. W. Reay, Präsident. August Grewand, Vize-Präsident.

Farmers Grain & Live Stock Co.

Händler in

Getreide, Kohlen und Vieh.

Gute Produkte erwünscht.

H. F. Cunningham, Sekretär und Schatzmeister.

Edward Renard, Präsident. H. G. Graham, Vize-Präsident. E. G. Mason, Kassierer.

Citizens State Bank.

Kapital \$20,000.00 • Ueberschuß \$15,000.00

Ist ausschließlich von Knox County Leuten geeignet und betrieben.

Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Macht hier den Versuch.

Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Henry's Platz.

Henry Grohmann, Eigenthümer.

Liefere Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigaren. Das berühmte

Storz Bier

stets an Zapf.

Es bittet freundlichst um geneigten Zuspruch

Henry Grohmann.

The Bloomfield Bar

Die besten

Weine, Liqueure und Cigarren

stets an Hand.

Setten's berühmtes

"Gold Top" Bier am Zapf

Gute Rundschau ist mir stets willkommen.

Hoops, Grohmann & Sudkorf, Eigenthümer.